Herforder Zeitung

für Stadt und Land

Bezugs-Preis 5.40 Mark
vierteljährlich. Bei Postbezug 5.40 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 83 und 151
Postscheckkonto Nr. 5796
Scheckamt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig
die 1spalt. Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Landkreis Herford, sonst 25 Pfennig. Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford — Amtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 69. Herford, Montag, den 22. März 1920 30. Jahrgang

Leichte Entspannung in Berlin.

Einigung zwischen Gewerkschaften und Regierung / Das Industriegebiet in der Hand bewaffneter Arbeiter. Änderung in Holland in der Kaiserfrage?

Die Gefahr von links.

Die verhängnisvollen Folgen des Kapp-Lüttwitz'schen Verbrechens treten immer unverhüllter zu Tage. Ueber Nacht ist durch die reaktionären Hochverräter die kommunistische Gefahr heraufbeschworen, an allen Orten sind plötzlich Werber der bolschewistischen Idee aufgetaucht und finden willfährige Ohren. Jeder denkende Politiker mußte diese Gefahr voraussehen. Und die allgemeine Erbitterung gegen Kapp und seine offen herausgetretenen und im geheimen wirkenden Hintermänner ist nur zu berechtigt. Namenloses Unglück haben sie über unser heißgeliebtes Vaterland und über unser armes Volk gebracht. Es gibt keine Strafe, die hart genug sein kann, gegen die Anstifter des wahnwitzigen Planes. Bereits hat die Reichsregierung ihre Vermögensbeschlagnahme angekündigt, aber diese Sühne genügt nicht. Die volle Schwere geltenden oder eigens neu zu schaffenden Rechts mag sie treffen.

Aber in diesen Augenblick lastet eine andere Sorge auf uns. Wie schlagen wir den Kommunismus ab? Deutschland brennt, und wenn der Brand weiter um sich greift, werden wir alle unter den Trümmern des zusammenbrechenden Hauses begraben. Darum müssen alle mithelfen, die verderblich empor lodernden Flammen schnell zu löschen. Der furchtbare Ernst der Lage wird treffend und ohne Uebertreibung gekennzeichnet durch ein Flugblatt, das im rheinisch-westfälischen Industriegebiet verbreitet wird und aus dem wir folgende charakteristische Stellen entnehmen:

Die allgemeine Verwirrung des Regierungssturzes benutzend, hat der Bolschewismus im Industriegebiet die Herrschaft an sich gerissen und die Diktatur einer Minderheit errichtet. Bewaffnete Banden dringen vom Industriegebiet nach Norden vor und überschwemmen die ländlichen Bezirke. Bauernhöfe werden geplündert und den Einwohnerwehren die Waffen abgenommen. Niemand ist seines Lebens und Eigentums sicher.

Deutsche! Haltet in dieser Stunde der Gefahr zusammen! Vergeßt allen Klassen- und Standesunterschied! Es gilt den gemeinschaftlichen Kampf gegen den Bolschewismus!

An alle Parteien, an alle Stände, an alle Stämme des Deutschen Reiches geht deshalb der Ruf: „Schließt Euch zusammen!" Nur Einigkeit kann uns vor dem Untergang bewahren!

Unermeßlich sind die Schäden bereits, welche dem Wirtschaftsleben geschlagen sind. Jetzt heißt es, die Zähne zusammenbeißen; nur Arbeit darf unsere Parole sein und geschlossenes Zusammenstehen aller gegen den Bolschewismus. Keine Minute darf versäumt werden, um auch der neuen Gefahr Herr zu werden. Auch diesen Feind müssen wir bezwingen, weil auch er sich hinwegsetzt über Recht und Gesetz. Nur in Ordnung und Gesetzmäßigkeit ist eine Gesundung denkbar, nur so eine vernünftige Entwicklung möglich. Das Beispiel Rußlands ist ein erschreckender Beweis für die Folgen der Zügellosigkeit und Minderheitsherrschaft.

Nicht die Rätediktatur vermag Rettung zu bringen unserm fieberkranken Volke, sondern lediglich eine allmählich sich stärkende, freiheitlich ausgestaltete Republik, in der Zucht, Ordnung und Recht eine dauernde und bleibende Stätte haben. An der schnellen Erreichung dieses Zieles haben die Arbeiter das gleiche Interesse wie die Unternehmer, die Beamten ebenso wie der Handwerker, der Kaufmann nicht minder wie der Bauer. Alle, alle müssen sich zusammenfinden, um diese Grundfesten eines geordneten Staatswesens wieder aufzurichten, sonst stürzt der Bau zusammen und seine Reste zerschmettern uns alle. Wir müssen über den Aufruhr, der jetzt in weiten Landen tobt, siegen, sonst ist Deutschland für alle Zeiten erledigt.

*

Zur Beleuchtung der Lage möge hier folgendes Telegramm der 1. Westfälischen Reichswehr-Brigade 7 an General v. Seekt und an das Reichswehrgruppenkommando 2 in Kassel angefügt werden: Die Lage ist aufs höchste gespannt. Der Bolschewismus beherrscht einen großen Teil des Industriegebiets. In dieser kritischen Lage, wo der Bestand des Reiches aufs ernsteste gefährdet ist, gilt es einmütig zusammenzustehen. Kleinliche Rücksichten müssen jetzt bei Seite stehen. Die in bestimmten Formen auftretende Nachricht, daß Reichswehrminister Noske zurücktreten wolle und gegen Exzellenz v. Watter eine Untersuchung angeordnet worden ist, hat in der Truppe tiefste Beunruhigung hervorgerufen. Niemals hat in der Truppe über die regierungs- und verfassungstreue Haltung von Exzellenz v. Watter ein Zweifel bestanden. Als regierungsfeindlich wird jetzt nur noch der im Industriegebiet unverhüllt herrschende Bolschewismus angesehen. Reichswehrminister Noske wird von allen Truppen als der einzige Mann angesehen, der im Namen der Regierung den Kampf gegen diesen Umsturz zu leiten in der Lage ist. Im Kampfe selbst steht die Truppe fest hinter ihrem Führer Exzellenz von Watter. Vor dem Gebot der Stunde und dem dringenden Verlangen der durchaus regierungstreuen Truppe, ihre vom Vertrauen getragenen Führer: Noske und Exzellenz v. Watter im Amte zu behalten, müssen alle anderen Rücksichten zurücktreten.

gez. v. Preinitzer, Führer der Reichswehr-Brigade 7.

Die Entstehung der Altstadt und die Gründung der Neustadt Herford.

Von Th. Jlgen.

(Schluß.)

In wie weit der Uebergang des Burggerichtes auf den Rath für die äußere Entwickelung der Stadt von Wichtigkeit gewesen ist, wurde bereits angedeutet. Die Einkünfte aus demselben wurden dazu bestimmt, die Befestigungswerke der Stadt zu erweitern und zu unterhalten. Eben in jener Zeit hatte ja auch die Aebtissin Ida den Consuln und Schöffen das durch den, wie wir vermuteten, neu angelegten äußeren Graben eingeschlossene Gebiet zu Eigentum überwiesen mit der Erlaubnis, auf demselben zum Vorteil der Stadt Mühlen zu erbauen und Gärten anzulegen. Demnach scheint vornehmlich die Erwägung, daß es im eigensten Interesse des Stiftes und der Kirchen in der Stadt liege, wenn diese durch starke Mauern und kräftige Wehren einen sicheren Schutz gewähre, 1256 die Aebtissin Ida zu so bedeutenden Konzessionen dem städtischen Rat gegenüber veranlaßt zu haben. Die damals mit Paderborn schwebenden Irrungen, in denen das Stift von diesem Bistum schwer bedrängt worden war, mögen das Bedürfnis nach einer derartigen Sicherung gegen äußere Angriffe noch besonders nahe gelegt haben.

Aber schon ehe der Bau der Befestigungswerke Herfords in größerem Maßstabe erfolgte, hatte die Erweiterung der Stadt durch die Gründung der Neustadt stattgefunden. Glücklicherweise sind wir über diese besser unterrichtet, als über die Entstehung der Altstadt. Die Aebtissin Gertrud ist es gewesen, welche 1224 in Gemeinschaft mit ihrem Schutzherrn, dem Erzbischof Engelbert von Köln, die Neustadt gegründet hat. Sie wurde auf dem Grund und Boden des Geistlichen Siegfried, welcher bisher den Kirchendienst in der wahrscheinlich zum Hof Libbere gehörigen Kapelle versehen hatte, erbaut. Die Kapelle wurde ihm und seinen Nachfolgern zur Entschädigung für das hergegebene Land angewiesen. das heißt doch nichts anderes, als daß ihm Pfarrgerechtsame daselbst übertragen worden sind, oder ihm die Anwartschaft darauf gegeben ist. Die für die Bewohner der Neustadt nötigen Weidegründe lieferte der abteiliche Hof Libbere. Dessen Schultheiß Florentius von Quernheim gab sie auf Veranlassung der Aebtissin her teils als gemeine Mark teils als Sondereigen. Dafür mußte jeder Besitzer eines Hauses in der Neustadt, welcher Nutzung an der Weide haben wollte, dem Schultheißen jährlich am Tage nach Michaelis ein Huhn zinsen. Wer Sondereigen zu Saatland umpflügen wollte, durfte das mit Genehmigung des Schultheißen und gegen Erlegung einer jährlichen Abgabe an denselben. Ausgeschlossen aber von der Urbarmachung blieb das Sumpfgebiet, welches sich zur linken Seite des Stadttores ausdehnte; es wurde für die Weide reserviert, nur der Villicus durfte dort ein Haus zum Plaggenstechen errichten. Erst auf gemeinsamen Beschluß der Bürgerschaft sollte der Sumpf zu anderen Zwecken verwendet werden können, und auch nur dann, wenn der Schultheiß daraus einen angemessenen Zins erhielt.

Auch von der Woldemene der Altstadt waren im Laufe der Zeit größere Parzellen zu Ackerland umgewandelt worden, welche deren Inhaber gegen einen Zins von 4 Denaren für die Scheffelsaat von der Aebtissin zu Pachtlehen hatten. Aber gerade darüber entstanden häufiger Irrungen zwischen der Aebtissin und der Bürgerschaft. Die Urbarmachung der Woldemene scheint allmählich in einem solchen Umfange betrieben worden zu sein, daß sich schließlich die Aebtissin Lutgardis 1325 genötigt sah zu verfügen, daß in Zukunft überhaupt nichts mehr davon verkauft oder zu Ackerland umgepflügt werden dürfe.

Obgleich nun der Hof Libbere in die Neustadt einbezogen wurde, blieb er in seiner alten Verfassung. Dem Schultheiß und den Litonen desselben wurden die alten Hofesrechte aufs neue gewährleistet. Ausdrücklich wurde bestimmt, daß Leute der Kirche, wes Standes sie auch sein mochten, desgleichen Hörige der Ministerialen ohne Genehmigung ihrer Herren keine Aufnahme in der Stadt finden sollten. Man wollte offenbar die Intensität der Bewirtschaftung der abteilichen Höfe und der adligen Güter nicht durch den plötzlichen Abgang einer größeren Zahl von Arbeitskräften beeinträchtigen. Den Ministerialen hingegen stand es frei, sich jeder Zeit in den Genuß der städtischen Rechte zu setzen.

Diesen Bestimmungen zufolge und der ganzen Art der Ansiedelung entsprechend wird die Bevölkerung der Neustadt sich hauptsächlich aus von auswärts eingewanderten Elementen zusammengesetzt haben. Die Neustadt ist demnach vorwiegend Kolonistenstadt. Darauf deuten auch die Namen der als Zeugen in den Urkunden des 13. und der folgenden Jahrhunderte aufgeführten Bürger hin; es spricht sich auch in der Zinspflichtigkeit der gesamten Einwohnerschaft aus, trotzdem Hörige des Stiftes sich nur in geringer Anzahl darunter befunden haben werden.

Ein großer Teil der Bevölkerung der Altstadt muß sich ebenfalls auf diesem Wege der Zuwanderung eingefunden haben. Beachten wir, daß der erste Abschnitt unseres Stadtrechtes von dem Bürgergelde handelt, welches jeder für Wohnung und den Anteil an der gemeinen Weide zahlen mußte. Das betrifft doch vornehmlich diejenigen, welche bisher nicht am Orte angesessen waren. Die Hausstätten, welche sie erwarben, werden sie ebenso wie die Ansiedler der Neustadt zumeist zu Weichbildsrecht empfangen haben, das ihnen zwar die freie Verfügung über dieselben zugestand, aber sie gleichzeitig zu gewissen Abgaben an die Grundherrin verpflichtete. Auch sprechen die Namen der in den Urkunden des 13. Jahrhunderts genannten Ratsherren der Altstadt, eines Gerhardus de Bernbeke, Conradus de Bekeseten, Engelbertus, Johannes und Thethardus de Bilevelde, Widekindus de Quernheim dafür, daß deren Träger aus der näheren örtlichen Umgebung des

Die Lage in Berlin.

dd. Berlin, 21. März, abends 10 Uhr. (Eigener Drahtbericht.) Die Streiklage in Berlin läßt sich wegen des Sonntags nicht genau bestimmen. In den Massenversammlungen, die gestern verschiedentlich in Berlin tagten, wurde vielfach einer Weiterführung des

Generalstreiks

das Wort geredet. Demgegenüber wendet sich die Berliner Mehrheitssozialdemokratie in einem Aufruf an ihre Anhängerschaft, der sich energisch gegen einen solchen Versuch wendet, der Uneinigkeit und Zersplitterung in die Reihen der Arbeiterschaft trage. Der gleiche Aufruf wendet sich gegen das Bestreben, in den Betriebsversammlungen heute Neuwahlen von Betriebsräten vorzunehmen und diese über die Fortdauer des Generalstreiks abstimmen zu lassen. In Regierungskreisen betrachtet man die Lage optimistisch. Man nimmt dort an, daß infolge des obigen Aufrufs der S. P. D. ein großer Teil der Arbeiter und fast die ganze Beamtenschaft die Arbeit wieder aufnehmen wird. Zum mindesten erwartet man eine Spaltung des Streiks und glaubt, daß durch die Arbeitsaufnahme des einen Teils der andere in absehbarer Zeit zur gleichen Handlung veranlaßt wird.

Die Postbeamten in der Reichshauptstadt haben ihre Tätigkeit zum größten Teil wieder aufgenommen. Die

Bestellung der Post

und der Eilpakete wird nach Möglichkeit durchgeführt. Der örtliche Fernsprechverkehr ist heute nachmittag aus militärischen Gründen vorerst gesperrt worden. Die Fernzüge verkehren noch unregelmäßig, der Vorortverkehr ist wieder aufgenommen, wenn auch die Züge noch in erheblichen Zeitabständen abgelassen werden.

Militärisch ist die Lage auch entspannt. Der letzte Rest der Ehrhardt'schen Truppen hat heute Berlin verlassen. Die Sicherung der Stadt liegt in den Händen der Sicherheitspolizei und der Reichstruppen. Die Stadtteile nördlich der Spree und des Hohenzollernkanals wurden befehlsmäßig von letzteren geräumt, doch sind die wichtigsten Punkte, Lebensmitteldepots usw. durch starke Besatzungen gesichert.

Zu einem

Zusammenstoß blutigster Art

ist es in letzter Nacht in Adlershof gekommen. Dort wurden die Zeitfreiwilligen von bewaffneten Arbeitern überwältigt. Viele Offiziere wurden getötet und die Leichen von der entfesselten Menge verstümmelt. Herbeieilende Verstärkung nahm nach hartem Kampf den Ort, wobei die Aufrührer 20 Tote hatten. 24 Personen wurden, da der verschärfte Belagerungszustand zur Stunde der Vorgänge noch in Kraft war, standrechtlich erschossen.

Das

Ruhrgebiet und das bergische Land

scheinen durchweg in der Hand der Aufrührer zu sein. Wie weit die dortigen Aktionsausschüsse auf einen grundsätzlichen politischen Umsturz hinarbeiten, läßt sich zur Stunde noch nicht klar erkennen. Teilweise wird gearbeitet und setzen die Behörden ihre Tätigkeit unter der Kontrolle der Arbeiterschaft fort. Die

Reichswehrtruppen,

denen es gelang, sich bis zur Lippe-Linie durchzuschlagen, erlitten außerordentlich starke Verluste. Drei mitgeführte Geschütze wurden gesprengt, damit sie nicht den Aufständischen in die Hände fielen.

Nachrichten aus dem besetzten Gebiet besagen, daß die Belgier ihre Truppen auf die andere Rheinseite zurückführen. Die in das besetzte Gebiet übergetretenen Soldaten scheinen nicht interniert zu sein, da Offiziere solcher Truppenteile bereits wieder in Berlin gesehen worden sind.

In Hannover wird gearbeitet. Der Bahnverkehr ist wieder aufgenommen. In Hildesheim kam es zu kleinen Unruhen, im übrigen ist aber in der Provinz Hannover alles ruhig.

In Halle ist die Lage kritisch, da bewaffnete Arbeiter die Stadt umgeben haben.

In Stettin wird von den militärischen Stellen und Behörden mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft verhandelt. Die Vulkanwerft wurde von den Arbeitern freiwillig geräumt, die Waffen wurden abgeliefert. In Swinemünde wird von der Arbeiterschaft die Entlassung der verhafteten drei Aktionsausschußmitglieder gefordert. Im übrigen ist die Lage in Pommern verworren. In Kiel herrscht Ruhe. Sicherheitswehr und bewaffnete Arbeiter halten die Ruhe aufrecht.

wtb. **Berlin,** 20. März. Nach einer Mitteilung der Deutschen demokratischen Partei enthält das heute zwischen Vertretern der Mehrheitsparteien und den Gewerkschaften abgeschlossene Abkommen die Bestimmung, daß die Vertreter der Regierungsparteien bei ihren Fraktionen für folgendes eintreten:

Verständigung mit den Gewerkschaften bei der Neubildung der Regierung im Reiche und Preußen, sowie bei der Neuregelung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetzgebung.

Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch Schuldigen, sowie der beteiligten Beamten.

Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltung.

Mitbestimmung der Gewerkschaften bei einer demokratischen Verwaltungsreform.

Ausbau der sozialen Gesetzgebung sowie Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechtes.

Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung auf Grund der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, besonders Uebernahme der Kohlensyndikate und der Kalisyndikate durch das Reich.

Wirksame Erfassung der verfügbaren Lebensmittel.

Auflösung aller gegenrevolutionären Formationen und Ersatz aus der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung ohne Zurücksetzung irgendeines Standes.

T.U. **Berlin,** 20. März. Kundgebung an alle Arbeiter, Angestellten und Beamten! Die Vertreter der Konferenz der am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten erklären, daß die von den durch ihren Verhandlungsausschuß mit den Fraktionsvertretern der Regierungsparteien erzielten Vereinbarungen zwar nicht restlos befriedigend sind, ihnen aber gleichwohl zustimmen und hiermit den Generalstreik mit dem heutigen Tage als beendet erklären.

Berlin, 20. März 1920, morgens 7.05 Uhr.

Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund: C. Legien.
Freier Angestelltenverband: S. Aufhäuser.
Deutscher Beamtenbund: Kugler, Scherff.

Berlin, 20. März. Der Zentralvorstand der U. S. P. D. erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: Der kontrerevolutionäre Vorstoß der monarchistischen Militaristen sei zwar abgeschlagen, die Kapp und Lüttwitz seien davongejagt, aber die Regierung Bauer-Noske versuche durch ein feiges Kompromiß ihr fluchwürdiges Regime wieder aufzurichten. Anstelle des Junkers Lüttwitz habe auf Anordnung der Regierung Bauer-Noske ein anderer Junkergeneral von Seeckt den Befehl über die Berliner Truppen übernommen. Der Belagerungszustand werde aufrechterhalten. Die preußische Staatsregierung habe sogar die Sicherheit der Reichshauptstadt der Reichswehr und der Sicherheitswehr übertragen. Das bedeutet, daß die Militärdiktatur noch da sei. Nicht eine Aenderung des Systems, nur ein Wechsel der Person sei erfolgt. In der Regierung herrschen Noske und seine Mitschuldigen. Das werde die U. S. P. D. nicht hinnehmen. Sie denke nicht daran, den Kampf abzubrechen. Der Zentralvorstand wisse sich eins mit dem klassenbewußten Proletariat, daß der revolutionäre Kampf mit stets wachsender Energie fortgesetzt werden müsse bis dadurch, daß das Proletariat die Macht ergreife, der Sozialismus verwirklicht werden könne.

wtb. **Stuttgart,** 20. März. (Drahtbericht). Zur Abreise des Reichskanzlers Bauer und Reichsministers des Aeußern Müller und Giesberts erfährt der Vertreter der Frankf. Ztg., daß sie als Vertreter der Regierung nach Berlin gefahren sind, um mit den Arbeitern zu verhandeln, die unter den radikalen Einflüssen Forderungen aufgestellt haben, welche u. a. auch gegen die Verfassung und den Friedensvertrag verstoßen.

*

Die Reichsregierung in Berlin.

wkrk. **Münster,** 22. März. (Eigene Drahtmeldung, 10 Uhr 15 Min. vorm.) Die Mitglieder der Reichsregierung und der Nationalversammlung sind am Sonntag nachmittag in Berlin eingetroffen, das jetzt von den Baltikumtruppen geräumt ist. Der Generalstreik wird infolge einer Spaltung in der Arbeiterschaft vermutlich abbröckeln.

*

Noch keine Berliner Zeitungen.

TU. **Berlin,** 22. März. (Drahtlich.) Die Berliner Zeitungen werden am Montag früh noch nicht erscheinen. Wie der TU. auf Umfrage bei den Verlegern mit geteilt wird, handelt es sich hierbei nicht um Aufrechterhaltung des Generalstreiks, sondern um Differenzen mit dem technischen Personal. Falls die für Montag vormittag angesetzten Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis führen sollten, besteht Aussicht, daß am Abend die Zeitungen erscheinen.

*

Noskes Rücktrittsgesuch zurückgezogen.

TU. **Berlin,** 22. März. (Drahtlich.) Wie der TU. zuverlässig gemeldet wird, hat Noske sein Rücktrittsgesuch auf Ersuchen der Regierung zurückgezogen. Die Regierung mit Ebert trifft am Montag hier ein. Reichskanzler Bauer befindet sich bereits in Berlin. Zu einer Umgestaltung des Kabinetts soll sofort geschritten werden.

In Sachsen der Generalstreik beendigt.

TU. **Berlin,** 22. März. (Drahtlich.) In ganz Sachsen kann der Generalstreik im allgemeinen als beendigt angesehen werden.

*

Rücktritt Lettow-Vorbecks.

TU. **Berlin,** 22. März. (Drahtlich.) Wie der TU. gemeldet wird, ist General v. Lettow-Vorbeck, der Oberkommandierende von Lübeck, durch General v. Weber ersetzt worden.

*

Mitteldeutschland.

wtb. **Mühlhausen (Thür.),** 20. März. Erfurt und Langensalza sind in sicherem Schutz der Truppen, während Gotha sich in der Hand der Aufrührer befindet. Die Aufrührer erschossen Verwundete.

wtb. **Halle (Saale),** 21. März. (Drahtlich.) Während der Sonnabends kam es zu heftigen Feuergefechten zwischen Truppen und bewaffneten Arbeitern. Die Stadt Halle soll ziemlich von Arbeitern eingeschlossen sein.

*

Essen.

TU. **Essen,** 20. März. Nachdem vorgestern nachmittag in der Gegend von Schonnebeck und Stoppenberg bis in die Nacht hinein erbitterte Kämpfe stattgefunden hatten, in deren Verlauf sich die durch Einwohnerwehr verstärkte Grüne Polizei unter Zurücklassung von Waffen und 150 Gefangener zurückziehen mußte, rückten am Freitag früh die revolutionären Arbeiter bis zur Stadtmitte vor. Am Viehofer Platz wurde der Vormarsch der Arbeiter durch den Widerstand der Grünen längere Zeit aufgehalten. Es kam zu einem heftigen Kampfe. Inzwischen waren die Arbeiter auch von Norden her bis etwa zur Stadtmitte vorgedrungen. Um ½11 Uhr wehte bereits die rote Fahne vom Dach des Rathauses. Kämpfe fanden nur noch um den Besitz des Postamtes und des Hauptbahnhofes statt. Beide Punkte wurden vom Bahnkörper aus unter Maschinengewehrfeuer genommen und ergaben sich nach ganz kurzer Zeit. Die Arbeiter besetzten die beiden Gebäude und machten einen Teil der Besatzung, der nicht hatte fliehen können, zu Gefangenen. Schwere Maschinengewehre und Handgranaten wurden in großer Zahl erbeutet. Im Anschluß daran wurden sofort Stoßtrupps mit Maschinengewehren auf Lastkraftwagen auf das Polizeipräsidium und das Landgerichtsgebäude im Norden der Stadt angesetzt, da beide Gebäude außerordentlich stark verschanzt waren. Auf die Nachricht von der gewaltigen Uebermacht der anrückenden Arbeiter ergriff jedoch die Besatzung des Präsidiums die Flucht unter Zurücklassung des größten Teils ihrer Waffen. Im Präsidium allein wurden über 80 000 Schuß Munition, ferner mehrere Minenwerfer, eine große Anzahl schwerer und leichter Maschinengewehre und Waffen usw. erbeutet. Auf die erste Nachricht von dem Kampf hatten sich Arbeiter auf der Kruppschen Fabrik bewaffnet und nahmen die Stützpunkte der Einwohnerwehr im Westen. Gegen 4 Uhr nachmittags war ganz Essen einschließlich der umliegenden Ortschaften im unbestrittenen Besitz der Arbeiterschaft. Die Verluste sind, wie mitgeteilt wird, auf Seiten der Angreifer nur ganz gering. Die Gewalt hat ein aus Unabhängigen und Kommunisten bestehender Vollzugsrat an sich genommen, der zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit in allen Betrieben und Verwaltungen auffordert. Das Erscheinen der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" ist verboten. Die übrigen Tageszeitungen erscheinen unter Vorzensur.

*

Die Räteregierung in Düsseldorf ausgerufen.

TU. **Düsseldorf,** 20. März. Heute nacht 3 Uhr ist hier die Räteregierung ausgerufen worden.

wtb. **Newyork,** 19. März. Das Repräsentantenhaus hat einstimmig die Entsendung von 5 Millionen Faß Mehl für Oesterreich, Polen und Armenien beschlossen.

*

Die Lage in Dortmund.

Dortmund, 20. März. Eine Bekanntmachung des Dortmunder Vollzugsrates richtet sich gegen die umlaufenden falschen Gerüchte. Der Vollzugsrat denkt nicht daran, Angehörige der Sicherheits-, Einwohner- oder Bürgerwehr und Polizei zu verhaften oder zu verfolgen; ebenso fern steht der Vollzugsrat dem Gedanken der Ausrufung einer Räterepublik.

Bochum, 20. März. Nach einer Mitteilung der Stadtverwaltung in Bochum soll eine Vereinbarung zustande gekommen sein, wonach sämtliche Leichen, die aus den Kämpfen im Industriebezirk stammen und nicht identifiziert werden können, in die Leichenhalle des Dortmunder Luisenhospitals gebracht werden sollen. Dort sollen sie von Samstag nachmittag ab zur Schau gestellt werden, um den Angehörigen Gelegenheit zu geben, die Namen der Gefallenen festzustellen.

*

1500 Mann Reichswehr von den Engländern entwaffnet.

T.U. **Solingen,** 20. März. Die mit Artillerie ausgerüsteten Kommunisten umzingelten das Freikorps Lützow in Remscheid. Die Stadt wurde unter Mitwirkung von 21 Zentimeter-Mörsern gestürmt. Ein Teil der Truppen zog sich nach Schloß Burg an der Wupper zurück. 1500 Mann, darunter ein General und viele Offiziere traten auf besetztes Gebiet über und ergaben sich den Engländern. Sie wurden entwaffnet und in Solingen interniert. Remscheid und Lennep befinden sich in den Händen der Kommunisten.

*

Furchtbare Straßenkämpfe in Kiel.

T.U. **Kiel,** 20. März. Seit vorgestern vormittag 11 Uhr sind erbitterte Straßenkämpfe zwischen den Marinetruppen und der Arbeiterschaft ausgebrochen. Bis in die Abendstunden dauerten die Kämpfe an, trotzdem um 2,15 Uhr von dem neuen Gouverneur ein Waffenstillstand verkündet worden war. Die Arbeiterschaft hat sich am Vormittag in den Besitz von Handwaffen und Maschinengewehren gesetzt. Zuerst wurde die staatliche Schiffs- und Maschinenbauanstalt gestürmt, darauf fiel das Gewerkschaftshaus in die Hände der Arbeiter. Erbitterte Kämpfe entspannen sich am Lorenzdamm und in der Fleethörn. Die Arbeiter versuchten die Reichsbank und die Spar- und Leihbank zu besetzen. Ferner wurde in der Bergstraße gekämpft. Die Zahl der Toten und Verwundeten wird schätzungsweise auf Tausend angegeben. Bis in die Dunkelheit sind die Sanitäter und Straßenbahnen beim Bergen der Toten und Verwundeten beschäftigt. Die politischen Gefangenen sind befreit. Die Lage ist noch nicht geklärt.

*

Ausland.

dd. **Haag,** 22. März. (Eigene Auslandsmeldung.) In der Haltung der holländischen Regierung in der Frage der Auslieferung des Kaisers scheint eine Aenderung einzutreten. Die Auf-

---

Stiftes zugezogen sind, andere wie die des Bernhardus Westerwalt, Hartradus Friso bezugen die Einwanderung aus ferner gelegenen Gegenden. Aber es fehlen in Altherford auch wiederum nicht die de Rodewic, die de Libbere, die Hagen. Gerade sie nehmen am frühesten und am häufigsten das oberste städtische Amt des Bürgermeisters ein. Sie gehörten daher wohl auch zu den Freien, deren Familien von alters her um das Stift angesessen gewesen waren und stets ihren Gerichtsstand vor dem Vogtgericht zu Herford gehabt hatten, an welchem unter Königsbann über Frei und Eigen gerichtet wurde. Das städtische Patriziat wird in älterer Zeit vornehmlich aus ihnen bestanden haben. Bei den Einwanderern, welche als Bürger aufgenommen sein wollten, genügte zu diesem Zweck die dem Bürgermeister, Schöffen und Rat, denen die Aufnahme zustand, gegebene Versicherung, daß sie Niemandes Eigenhörige und nicht in Todfehde verstrickt seien. Aber erst diejenigen von den Neuaufgenommenen, welche 31 Jahre, 6 Wochen und 3 Tage ohne Jemandes Ansprache in Herford gewohnt und to weghe unde to strate, to zenede unde to voghetdinghe openbare gegangen waren, wurden als Vollbürger angesehen. Wahrscheinlich wurden sie damit auch erst fähig zur Ratswahl.

Es ist nun aber in unseren Herforder Rechtsaufzeichnungen nicht die Rede davon, daß der Anteil am Bürgerrecht notwendig an städtischen Grundbesitz geknüpft gewesen sei. Nach dem Stadtrecht hatten diejenigen Einwohner, welche ein eignes Haus nicht besaßen, gewisse an hofrechtliche Dienste erinnernde Verpflichtungen zu übernehmen. Daß sie allgemein rechtlich eximiert gewesen wären, wird nicht gesagt, nur scheint es fraglich, ob sie ihren Gerichtsstand am Vogtgericht hatten. Offenbar gehörten sie vornehmlich dem Handwerkerstande an. Es müssen Weber in großer Zahl in der Stadt angesiedelt gewesen sein, da es für sie ein eignes Gericht gab, welches gleich dem Burggericht der Aebtissin zustand, mit diesem aber wohl zugleich an den städtischen Rat resp. den Vorstand der Webergilde übergegangen sein wird. Sie waren wahrscheinlich zum größten Teil ursprünglich eigenhörige Leute des Stiftes usw., denen das Marktrecht und Gewerberecht zunächst die Milderung und schließlich die völlige Beseitigung der hofrechtlichen Lasten erwirkt hatte. Aber auch sie werden mit der Zeit Zuwachs von außen erhalten haben. Nur zählte diese ganze Kategorie von Stadtbewohnern nicht zu den „wichechten mannen"; dazu bedurfte es Erbes und Eigen resp. des Weichbildgutes in der Stadt.

Ministerialen scheinen von dem Recht, sich dem städtischen Gemeinwesen ohne Weiteres anschließen zu dürfen, nicht selten Gebrauch gemacht zu haben. Balduin von Quernheim, obwohl er im Besitz der Ritterwürde war, gehörte im Anfang des 14. Jahrhunderts dem Zwölfer-Rate der Neustadt an. Und zwar wird er bei Aufzählung der Ratsherren keineswegs an bevorzugter Stelle genannt. Auch Angehörige der städtischen Familien de Rodewic, de Molendino lebten im 14. Jahrhundert rittermäßig.

Im allgemeinen waren die in der Stadt gelegenen Höfe adliger Familien von städtischen Abgaben befreit in gleicher Weise wie die gesamte Freiheit des Stiftes, die Klöster in der Stadt und diejenigen Häuser, welche auswärtigen geistlichen Kongregationen, dem Kloster Marienfeld u. A. zugehörten. Sie gingen teilweise von der Aebtissin zu Lehen und ihre Inhaber unterstanden der Gerichtsbarkeit der Aebtissin.

fassung der Demokratischen Partei Hollands hat mit Rücksicht auf die Vorgänge in Deutschland dazu geführt. Man erwartet eine Note der Alliierten, die zumindest den Aufenthalt des Kaisers auf holländischem Gebiet untersagen wird.

Der Temps nimmt im Anschluß an die kürzlichen Aeußerungen Millerands gegenüber einem Vertreter des Daily Chronicle als wesentliche Grundzüge der französischen Politik gegenüber Deutschland an: Schutz der nationalen Minderheiten, Mitarbeit an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands, Voraussetzung wie bisher gewissenhafte Erfüllung des Friedensvertrages, Aufrechterhaltung der Einigkeit der Alliierten in Bezug auf den Vertrag, Unterstützung jeder ordnungsmäßigen Regierung in Deutschland, die in der Lage ist, das demokratische Regime zu festigen.

dd. **Duisburg**, 22. März. (Drahtlich.) 7000 belgische Soldaten sind nach dem Exerzierplatz Elsenborn geschickt worden, angeblich zwecks dienstlicher Uebungen. Es handelt sich indes um Sicherheitsmaßnahmen gegen die roten Truppen, die in dieser Gegend stehen.

*

Der amerikanische Milliardenkredit für Deutschland.

T.U. **Newyork**, 20. März. Der Abg. Smith beantragte im Bundeskongreß einen mit dreijähriger Frist zu zahlenden Milliardenkredit für Deutschland. Der schnelle Sturz der Militärherrschaft in Deutschland hat hier einen vorzüglichen Eindruck gemacht.

*

Der amerikanische Heeresetat.

wtb. **Amsterdam**, 20. März. Laut Reutermeldung aus Washington nahm das amerikanische Repräsentantenhaus das Heeresgesetz an. Es sieht 17 800 Offiziere und 299 000 Mann vor.

wtb. **Paris**, 22. März. (Drahtlich.) Nach einer Meldung des Exchange Telegraph aus Washington wird Präsident Wilson mit Deutschland und Oesterreich über einen Separatvertrag verhandeln.

*

Der Friedensvertrag von Amerika nicht ratifiziert.

wtb. **Washington, 19. März. Der Friedensvertrag ist vom Senat nicht ratifiziert worden, da die Resolution, nicht die republikanischen Vorbehalte enthält, die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit nicht erhalten hat. Senatur Lodge schlug eine Resolution vor, die den Friedensvertrag an Wilson zurückverweist, da es unmöglich sei, ihn zu ratifizieren. Der Senat hat dieser Resolution zugestimmt und Wilson das Nichtzustandekommen der Ratifikation des Vertrages im Senat eröffnet.**

Deutsches Reich.

Ein Ultimatum der Pfalzbauern wegen der Zwangswirtschaft.

T.U. **Saarbrücken**, 20. März. Die Bauernschaft der Pfalz erklärte den Besatzungsbehörden und der Kreisregierung, sie werde in den Generalstreik treten, wenn bis zum 23. März die Zwangswirtschaft nicht aufgehoben sei. Der Bund der Landwirte der Pfalz erklärte sich mit diesem Vorgehen solidarisch.

Unter dem Verdacht des Hochverrates.

wtb. **Königsberg**, 22. März. (Drahtlich.) Am Sonnabend vormittag wurden der Hauptschriftleiter der Ostpreuß. Zeitung, Eduard Kenkel, sowie sein Stellvertreter, Paul Sohr, und der für innere Politik verantwortliche Professor Rahn in Haft genommen, wie verlautet, unter dem Verdacht des Hochverrates.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.

22. März.

wtb. **Die neue Besoldungsordnung.** Amtlich erfahren wir: Ohne Rücksicht darauf, ob die neue Besoldungsordnung bereits am 1. April d. Js. von den gesetzgebenden Körperschaften verabschiedet werden wird oder nicht, werden die Reichsbeamten am 1. April neben ihrem Gehalt die um 150 Prozent erhöhte Teuerungszulage und die Kinderzulage ausgezahlt erhalten, als Vorschuß auf die ihnen nach der neuen Besoldungsordnung zu gewährenden Bezüge.

= **Zuteilung von Gerste an die Schweine.** Die Deutsche Parlaments-Korrespondenz berichtet: Das Reichswirtschaftsministerium hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Reichsgetreidestelle aus ihren Beständen an solche Schweinezüchter, die nicht Gerstenerzeuger sind, gegen Bezahlung zwei Zentner Gerste je Wurf und Zuchtsau liefert. Um einen Ueberblick über die Mengen, die für diesen Zweck erforderlich sind, zu bekommen, ist unverzüglich von den zuständigen Landesstellen zu berichten 1. welche Anzahl Zuchtsauen im dortigen Kommunalverband vorhanden sind; 2. wie viele von diesen Zuchtsauen sich im Besitz von solchen Personen befinden, die nicht Gerstenerzeuger sind oder deren Ernte nicht hinreicht, um die genehmigten Mengen an die Zuchtsauen zu verfüttern; 3. welche Mengen Gerste infolgedessen zur Abgabe für die unter 2 bezeichneten Zuchtsauen bis zum 15. August 1920 erforderlich sind. Hierbei ist darauf zu achten, daß eine Anzahl von Zuchtsauen den ersten Wurf bereits hinter sich haben und daher für diese nur eine Verfütterungsmenge von zwei Zentner in Ansatz gebracht werden darf.

= **Vermietungen ohne Genehmigung des Wohnungsamtes ungültig.** Das Wohnungsamt schreibt uns: Da in letzter Zeit wiederholt Wohnungen und möblierte Zimmer ohne Genehmigung des Wohnungsamts unter der Hand vermietet worden sind, verweisen wir nochmals auf die Bestimmung des § 1 der Anordnung des Magistrats der Stadt Herford gegen den Wohnungsmangel vom 11. Oktober 1919, der bestimmt, daß alle Hausbesitzer bezw. ihre Stellvertreter jede Wohnung innerhalb drei Tagen, nachdem sie gekündigt ist, oder feststeht, daß sie aus einem sonstigen Grunde zu einem bestimmten Termin von dem bisherigen Wohnungsinhaber verlassen wird, dem Wohnungsamt (Rathaus, Zimmer 13) anzuzeigen haben. Ueber die Räume darf der Verfügungsberechtigte erst verfügen, wenn das Wohnungsamt erklärt hat, daß es einen Wohnungssuchenden gemäß § 4 der Wohnungsmangelverordnung nicht zuweisen will oder 1 Woche seit erfolgter Anzeige verstrichen ist, ohne daß das Wohnungsamt sich erklärt hat. Dieser Vorschrift zuwider abgeschlossene Mietverträge sind rechtsungültig. Ansprüche aus ihnen können im Rechtswege nicht geltend gemacht werden. Außerdem werden Vermieter, die dieser Vorschrift zuwiderhandeln, auf Grund des § 10 der Wohnungsmangelverordnung vom 23. September 1918 mit Geldstrafe bis zu 1000 ℳ bestraft.

= **Jugendbund „Friedrich Naumann".** Heute abend 8 Uhr hält in einer Mitgliederversammlung der D. D. P. bei Kropp, Unter den Linden, Abgeordneter Kuhle einen Vortrag über „Die Lage im Reich". Bei der Wichtigkeit dieser Versammlung ist auch vollzähliges Erscheinen der Mitglieder des Jugendbundes dringend geboten.

= **Frühlings Anfang.** Gestern, Sonntag, hat der Lenz auch kalendermäßig seinen Anfang genommen. Die „Tag- und Nachtgleiche" ist jetzt überschritten. Dem Wetter nach haben wir schon seit mehreren Wochen Frühling. Man sieht schon blühende Obstbäume und die Singvögel erfreuen uns durch ihren Gesang wie sonst im Mai. Die Freude an der Natur wird uns leider nur zu sehr verkümmert durch die schwere Sorge um die Zukunft unseres Volkes. Denn was Deutschland in diesen Tagen durchmachen muß, ist alles andern Völkerfrühling.

= **Konfirmation.** Am gestrigen Sonntag (Judica) wurden in der Münsterkirche eine große Anzahl Knaben und Mädchen konfirmiert, die am Nachmittag die Straßen belebten. Aus den Feldmarken waren zahlreiche der jungen Konfirmanden mit dem Geschirr zur Stadt gekommen. Wie uns weiter mitgeteilt wird, konfirmierte Herr Pastor Wilmanns am Vormittag etwa 50 Kinder aus der Altstädter Feldmark, aus Diebrock und Ahmsen, am Nachmittag um 2 Uhr Herr Pastor Wöhrmann 60 Knaben und 60 Mädchen von der Bürgerschule Wilhelmsplatz, aus Sundern und Schweicheln.

p. **Was alles gestohlen wird.** Wegen Diebstahls von Dachrinnen wurde ein 14jähriger Arbeiter aus der Schulzedelitzschstraße zur Anzeige gebracht.

p. **Schleichhandel mit Kognak.** Wegen Schleichhandelns mit Kognak wurde der Versicherungs-Inspektor H. zur Anzeige gebracht.

p. **Vier Fahrräder gestohlen.** Gestohlen wurden wiederum vier Fahrräder, davon zwei Räder, die im Hausflur des hiesigen Amtsgerichts hingestellt waren. Es kommen Personen in feldgrauer Uniform in Frage, wovon die eine eine Jägerlitewka trug. — Festgenommen wurde ein Schlachtergeselle aus Bielefeld, der unter verdächtigen Erscheinungen hier ein Fahrrad verkaufen wollte. — Wegen Sachbeschädigung wurde eine Person zur Anzeige gebracht.

p. **Polizei-Wochenbericht.** In der Zeit vom 14. bis 20. d. M. wurden 13 Personen, davon wegen Diebstahls 5, Umhertreibens 2, Obdachlosigkeit und Entweichung aus einer Anstalt 2 in das Polizeigefängnis eingeliefert.

Bielefeld, 20. März. Erklärung. In vergangener Nacht ist das hiesige 2. Bataillon Lichtschlag wieder in Bielefeld eingetroffen. Da über die Absicht und die Zusammensetzung der Truppe die tollsten Gerüchte im Umlauf sind, erklärt hiermit der unterzeichnete jetzige Bataillonsführer, Offizierstellvertreter Roß, daß die Truppe vor wie nach auf dem Boden der Regierung Ebert-Bauer steht und entschlossen ist, jeden Putschversuch von rechts oder links unterdrücken zu helfen. Beim Bataillon befinden sich nicht, wie fälschlich gemeldet wurde, fremde Zivilpersonen, mit Ausnahme einiger versprengter Soldaten des 1. Bataillons und der Infanterie-Geschützbatterie Lichtschlag. Das Bataillon verpflichtet sich, in Verbindung mit dem Polizeiausschuß der Stadt Bielefeld die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. gez. Roß. Offizierstellvertreter und Batl.-Führer. — Die unterzeichneten Mitglieder des Polizeiausschusses, die in der vergangenen Nacht von der Polizeiverwaltung zusammengerufen wurden, haben obige Erklärung persönlich entgegengenommen. Buse. Herzwurm. Oster. Wirth.

Bielefeld, 21. März. Am Freitag ist, 72 Jahre alt, Fabrikant Konrad Detring verschieden. Der Verstorbene gehörte der Handelskammer Bielefeld seit 28 Jahren an und war während der letzten sechs Jahre deren zweiter Vorsitzender. Um seines offenen und aufrechten Wesens willen war er allenthalben geachtet und geschätzt.

Oeynhausen, 21. März. Festgenommen wurde von einer Patrouille der Einwohnerwehr der 17jährige Paul S. aus Magdeburg, der sich in der Nacht verdächtig umhertrieb. Er konnte überführt werden, beim San.-Rat Dr. Voigt und im Schokoladengeschäft Putzmann in der Herforder Straße Einbrüche verübt zu haben. Bei seiner Festnahme trug er mehrere Portemonnaies und Schokolade bei sich.

Hartum, 19. März. Aus dem hiesigen Amtsgebäude 2 wurde in der letzten Nacht eine Schreibmaschine durch Einbruch gestohlen.

Lahde, 19. März. In vorletzter Nacht wurde hier ein schwerer Einbruchsdiebstahl ausgeführt. Dem Gastwirt Tonne wurden aus dem Laden bezw. dem Vorratsraum gestohlen: 10 Kisten Zigarren mit je 100 Stück, 60 Kisten mit je 50 Stück, 2000 Zigaretten, mehrere Flaschen Getränke, 1 Paar Schuhe, 20 Mettwürste, 100 Eier im Gesamtwerte von 12 000 M. Diebe haben eine Fensterscheibe herausgenommen und sind durch die Fensteröffnung eingestiegen. Der herbeigeholte Polizeihund aus Stadthagen nahm zweimal eine bestimmte Spur auf.

Minden, 18. März. An Schleichhandelswaren wurden im Monat Februar von den Hilfspolizeibeamten des Kreises beschlagnahmt: 5500 Pfd. Roggen, 2770 Pfd. Weizen, 190 Pfd. Weizenmehl, 4400 Pfd. Kartoffeln, 170 Pfd. Schweinefleisch, 162 Pfd. Schinken, 90 Pfd. Wurst, 12 Pfd. Butter, 14 Pfd. Fett, 1 Kuh, 1 Kalb, 5 Schweine, 12 Ferkel und eine große Menge Eier.

Halle i. W., 18. März. Die Jagdverpachtung ergab in diesem Jahre ein Höchstgebot von 5290 Mark.

Bielefeld, 18. März. Seit langer Zeit beschäftigt sich der Magistrat mit der Frage, ob das Theater über den 16. Mai hinaus bis Ende Juni seine Spielzeit ausdehnen soll. Da durch eine verlängerte Spielzeit der Stadtsäckel eine nicht unerhebliche Belastung erfahren würde, so hatte der Magistrat die Theaterinteressenten aufgefordert, Abonnements für die verlängerte Theaterspielzeit zu belegen. Diese Rundfrage hat nicht den nötigen Erfolg gebracht. Der für die diesjährige Spielzeit schon recht hohe Zuschuß — 500 000 ℳ gegen 120 000 ℳ Etatansatz — würde sich um weitere 100 000 ℳ erhöhen. Aus diesen Gründen hat der Theaterausschuß die Verlängerung der Spielzeit abgelehnt, dagegen mit Mehrheit beschlossen, ab 1. Juni eine Operettenspielzeit mit einer Spieldauer bis zum 1. September zu eröffnen. Die Stadtverordnetenversammlung wird sich in ihrer nächsten Sitzung endgültig mit der Sache befassen.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Hameln, 18. März. Aus dem Lager der Wirtschaftsgemeinschaft „Oberweser" wurden nachts für ca. 100 000 Mark Hemdentuche gestohlen.

Hamm, 19. März. Mitten in den Wirren der Gegenrevolution fand am Dienstag die feierliche Einführung des während seiner Gefangenschaft in Frankreich zum Oberbürgermeister gewählten und vor kurzem zurückgekehrten früheren Stadtrats Schlichter statt. Anstelle des verhinderten Regierungspräsidenten König nahm Beigeordneter Dr. Schneider die Einführung vor. Am Tage vorher fand in geheimer Sitzung die Verabschiedung des in den Ruhestand tretenden bisherigen Oberbürgermeisters, dem hierbei der Ehrenbürgerbrief übereicht wurde, statt.

Hagen, 17. März. Ein dreister Raubüberfall wurde in früher Abendstunde auf den Goldwarenhändler Kramer, Kölnerstraße, der schon einmal von einem nächtlichen Ueberfall heimgesucht wurde, verübt. In seinen Geschäftsräumen erschienen zwei mit vorgebundenen Masken versehene Männer, hielten Kramer einen Revolver vor und riefen ihm zu: „Hände hoch!" Kramer ergriff einen bereitliegenden Stock und versetzte einem der Räuber einen wuchtigen Hieb ins Gesicht, worauf beide die Flucht ergriffen. Sie wurden verfolgt. Einer konnte mit Hilfe einer Zivilperson schon in der Werderstraße festgenommen werden. Durch ihn war der andere bald ermittelt, er wurde in Wetter verhaftet. Die Einbrecher führten außer Revolver auch Düten Pfeffer und Brecheisen bei sich. Um die Kramerschen Räume kennen zu lernen, hatten sie kürzlich eine Uhr in Reparatur gegeben.

Lennep, 16. März. Eine hiesige Bürgerin, die nicht genannt sein will, stiftete dem Krankenhausverein zur Errichtung eines Wöchnerinnenheims 100 000 ℳ und dazu die nötige Ausstattung an Betten usw.

Schwelm, 21. März. Die der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei angehörenden acht Mitglieder des Stadtverordnetenkollegiums haben ihr Mandat niedergelegt. An ihre Stelle treten die auf der Wahlvorschlagsliste weiterhin verzeichneten Personen.

Dortmund, 21. März. Dem Aufkäufer von Gold, Silber und anderen Edelmetallen, Uhrmacher August Hardt, wurde nachgewiesen, Gold- und Silbergeld nach dem erlassenen Verbot aufgekauft zu haben. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte bei ihm 28 000 ℳ in Gold und 40 000 ℳ in Silber. Das Geld wurde der Stadthauptkasse überwiesen. Das Hardtsche Geschäft wurde geschlossen. Wie verlautet, soll Hardt für das 20-Markstück 700 ℳ gezahlt haben.

Essen, 21. März. Der Direktor Nathan von der Reichsfischversorgung ist auf Anordnung des Essener Untersuchungsrichters gegen Stellung einer Kaution von 1 Million Mark aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Die in Berlin geführte Untersuchung und die Nachprüfung der Reichsfischversorgungsstelle sollen den Nachweis nicht erbracht haben, daß Nathan bei den Machenschaften der Reichsfischversorgung in seine eigene Tasche gewirtschaftet hat.

Neheim, 16. März. Bei der polizeilichen Anhaltung eines auf dem hiesigen Bahnhof von einer hiesigen Firma angeblich mit Laternen beladenen und nach Hamburg bestimmten Waggons wurden unter wirklichen Laternen zehn Sack Mehl und ein gewichtiger Schinken verborgen gefunden, die nach Hamburg verschoben werden sollten. Die Sachen wurden beschlagnahmt.

Völklingen, 18. März. Schiebergut wurde auf dem hiesigen Güterbahnhof entdeckt. Es waren dort mehrere Waggonladungen große Weinfässer angekommen, die von hier nach Frankreich verschoben werden sollten. Die Fässer wurden aber beschlagnahmt und die Angelegenheit wird noch das Sondergericht beschäftigen. Es handelt sich um ganz neue Weinfässer (je etwa 500 Liter Inhalt), die nach Marseille geschickt werden sollten. Der erste Bestimmungsort war natürlich Völklingen, denn sonst hätte man den Zoll, der von deutscher Seite erhoben wird, beim Uebergang in das Saargebiet zahlen müssen. Die Fässer haben einen Wert von Hunderttausenden.

Sengwarden, 20. März. Von einer seltenen Fruchtbarkeit zeugt eine Kuh eines hiesigen Landmannes, die in den letzten vier Jahren sieben lebendige Kälber, vier Kuh- und drei Bullkälber, zur Welt brachte. Im Jahre 1917 bekam sie zwei Kälber, 1918 eins und 1919 und 1920 wieder je zwei. Schade, daß es solcher Kühe nicht viele gibt, dann würde Fleisch- und Ledernot bald zu den überwundenen Uebeln gehören.

Eine zehnfache Kindesmörderin.

Eine 38jährige Dienstmagd, die in den Jahren 1906 bis 1916 ihre sämtlichen unehelich geborenen Kinder umgebracht hat, ist vom Volksgericht Regensburg zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte die Todesstrafe beantragt.

Ahlen, 20. März. Erschossen wurde am Montag nachmittag der Landwirtssohn Clemens Friedhoff, Bauerschaft Rosendahl. Nachmittags wurde die Gendarmerie benachrichtigt, daß bei dem Landwirt Menke 50 Mann angekommen seien, um die dort angeblich lagernden Waffen zu beschlagnahmen. Als die Gendarmerie eintraf, war die Menge auf 300—400 Mann angewachsen. Eine Bauernwehr von 10 Mann hatte sich eingefunden, um Menke Hilfe zu leisten. Inzwischen waren schon einige Schüsse gefallen. Eine gütliche Einigung mit der Menge, die inzwischen auf über tausend Mann angewachsen war, war unmöglich. Plötzlich fiel ein Schuß. Friedhoff verließ das Zimmer, in dem sich die Bauernwehr versammelt hatte, und lief in den Vorgarten, um sich gegen die das Gehöft besetzende Menge schußbereit zu machen. Kaum hatte er angelegt, als ihn ein tödliches Geschoß durch die Lunge traf.

Burlo (Kr. Borken), 20. März. Eine Mordtat ereignet sich zu Beginn dieser Woche in der hiesigen Gegend. Vier Hamsterer, anständig gekleidete Leute, sprachen am Dienstag nachmittag bei dem Landwirt Vornholt um Kartoffeln vor. Bei dieser Gelegenheit zog plötzlich einer der Männer einen Revolver und forderte den Landwirt auf, die Hände hochzuheben. Als dieser der Aufforderung nicht nachkam, wurde er niedergeschossen. Der Tod trat alsbald ein. Die Täter, die in Gegenwart der geängstigten Frau des Landwirts plünderten, entflohen über die nahe holländische Grenze, wurden aber vor Winterswijk gefaßt und verhaftet. Am Donnerstag weilte der alte Vater des Getöteten mit dem Dienstpersonal in Winterswijk zur Gegenüberstellung mit den Verhafteten. Alle vier wurden als die Eindringlinge wiedererkannt, und auch derjenige, der den tödlichen Schuß auf den Landwirt abgegeben hat.

Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Schaller; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Wese, beide in Herford.

Statt jeder besonderen Anzeige!

Herford, den 22. März 1920.

Am Sonnabend, den 20. März, morgens 6½ Uhr, entschlief sanft nach nur viertägiger, aber schwerer Krankheit unsere einzige, innigstgeliebte, teure Tochter, Schwester, Enkelin und Nichte

Erna

im Alter von 13 Jahren.

Im tiefsten Schmerze:

Familie Hermann Gravenhorst und Verwandte.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 24. März, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Unter den Linden 23, aus statt.

Todes-Anzeige!

Herford, den 22. März 1920.

Am Sonnabend, den 20. März, morgens 4 Uhr, entschlief sanft nach längerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine innigstgeliebte Frau, meines Kindes treusorgende Mutter, unsere liebe Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Klara Augustin

geb. Echternkamp

im blühenden Alter von 24 Jahren.

In tiefem Schmerz:

Karl Augustin nebst **Söhnchen Karl-Heinz**
Familie Echternkamp
Familie Augustin.

Die Beerdigung findet am Dienstag, nachm. 3½ Uhr, vom elterlichen Hause, Stadtholzstr. 86, aus statt.

Statt Karten!

Aenne Küster
Carl Delius
Verlobte.

Detmold, Herford,
im März 1920.

Statt Karten!

Meine Verlobung mit Frau Johanne Reinke geb. Weiss, Bad Salzuflen, zeige ich hiermit an

Carl Heusinger von Waldegge
Herford, den 21. März 1920.
Oetinghauserweg 47

Wir haben noch
Steckrüben, Runkeln und rote Beeten
in guter Ware abzugeben.
Gemüse- und Obstmarkt, G. m. b. H.,
nur Arndtstraße 6.

Brinkmanns Theater.
Dir. Willy Tholen.
Heute abend 7½ Uhr:
Großer Klassiker Abend.
Othello, der Mohr von Venedig
Erhöhte Schauspielpreise.
Vorverkauf bei Kortkamp.
Dienstag, 23. März 1920, abends 7½ Uhr
Statt der angesetzten Vorstellung
„Schwarzwaldmädel"
Großer literarischer Abend.
Gerhart Hauptmann.
Elga, oder Das Kloster von Sendomir.
Ein Frauengedicht in 5 Aufzügen von Gerhart Hauptmann.
In den Hauptrollen:
Frau Dora Tholen (Titelrolle), Frl. Lotte Ricken, Frau Nolte, Herr Tholen, Plagge, Sünnemann, Roland, Wallner, Nolte, Petrusch.
Schauspielpreise.
Vorverkauf bei Kortkamp.

Musikverein.
Damen u. Herren pünktl. 8 Uhr.

Holzverkauf.
Oberförsterei Minden. Forstort Stuckenberg.
Der am 18. ds. Mts. wegen Eisenbahnverkehrssperre ausgefallene Holzverkauf findet am **Donnerstag, d. 25. März,** statt. Zusammenkunft 10 Uhr am Waldeingange im Distr. 44.

Misericordia
Wahnsinn
Harakiri

Blumen und Gemüsesämereien
in bester keimfähiger Ware.
Blumenhandlung
Herm. Beckert Nachf.
Alter Markt 2.

Fertige Betten
Bettbarchent, Federn
Halbdaunen,
Herforder Spezial-Bettenhaus
E. & F. Maack, Herford
Mindenerstr. 1 Lübbertor.

Sämtliche
Reparaturen
an **elektrischen Pianos u. Orchestrions** sowie **Aufziehwerken** werden prompt ausgeführt.
H. Oberschelp,
Rennstraße 23.

---

2 Polstermatratzen
neu 200/100 Friedensware, zu verkaufen.
Kaiser, Marienstraße 1 b.

Wer tauscht
3 Zimmerwohnung
gegen gut instandgesetzte
4 Zimmerwohnung.
Angebote unter 6755 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Deutsch-Demokratische Partei
Ortsgruppe Herford (Verein Waldeck).
Am Montag, den 22. d. M., abends 8 Uhr, findet bei Kropp, Unter den Linden, eine außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
statt, wozu wir alle unsere Mitglieder hiermit dringend einladen.
Vortrag: Die Lage im Reich.
Redner: Abgeordneter Kuhle.
Der Vorstand.
Zu dieser Versammlung haben nur Vereinsmitglieder Zutritt.

* * *

Wir bitten auch unsere Mitglieder, an dieser Versammlung **vollzählig** teilzunehmen.

Der Vorstand
des Jugendbundes „Friedrich Naumann".

Uebe bis zum 31. März erholungshalber keine Praxis aus.
Dr. Lange.

Für meinen Sohn, 16 Jahre alt, der das Reifezeugnis für Obersekunda besitzt, suche ich eine
Stelle
als Lehrling auf dem Kontor einer ansehnlich. Zigarrenfabrik.
Angebote erbitte an die Geschäftsst. d. Zeitung unter 6771.

Mehrere
Korbmacher
auf Peddingrohrsessel sof. gesucht
Gebr. Uphoff,
Rohrmöbelfabrik, Eimterstr. 60.

Arbeiterinnen
zum Weidenschälen gesucht.
Carl Bock & Co.

Bekanntmachung.
Für den Wirtschaftsbetrieb der Walderholungsstätte suchen wir für Anfang Mai eine
Köchin
für ca. 50 Personen. Gehalt nach Uebereinkunft. Meldungen sofort im Rathaus, Zimmer Nr. 33.
Herford, 17. März 1920.
Der Magistrat.

Suche sofort eine fleißige
Frau oder Mädchen
3 Stunden täglich, für meinen Haushalt gegen guten Wochenlohn. **Feder,** Löhrstr. 8.

Laufjunge
für einige Stunden gesucht.
Friedhofstraße 6.

Einige Räume
zum Unterbringen von Möbeln gesucht. Gefl. Angebote unter Nr. 6721 an die Geschäftsst. dieser Zeitung.

Großer Lagerraum
zu mieten gesucht.
Angebote an die Geschäftsst. dieser Zeitung unter Nr. 6703

Brautpaar
sucht für sofort oder z. 1. April
möbliertes Zimmer
mit oder ohne Kochgelegenheit.
Angebote an d. Geschäftsst. d. Zeitung unter 6739.

Gut möbliertes
Zimmer
Nähe Bahnhof, von solidem Kaufm. gesucht. Ang. unt. 6700 an die Geschäftsst. dieser Ztg.

Nußbaum
Kleiderschrank
zu verkaufen.
Viehtriftenweg 36 I.

Zu kaufen gesucht
ein Spitz oder Foxterrier.
Zu verkaufen ein
Wolfshund,
evtl. auch Tausch.
Angebote unter Nr. 6759 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Abaris-Waschpulver
frisch eingetroffen
Drogerie Schmidt.

Schwere, festsitzende
Glucken
gesucht.
Salzuflerstr. 163.

Alte Gemälde
nur alte Meister auch christliche Kunst kauft
H. v. Gelder, Düsseldorf, Bahnstraße 26.

Zukunft,
Glück, Charakter, Reichtum, Eheleben nach Astrologie berechnet. — Nur Geburtsdaten angeben.
Schaub, Hannover
Ulanenstr. 3, I.

Kontrollkassen,
gebrauchte National, kauft
Gustav Gehre, Dortmund
Kapellenstr. 4. Telefon 7049.

Wir kaufen
Papierabfälle
aller Art
(alte Zeitungen, Bücher, Journale, Pappen usw.) zu Tagespreisen.
Buchdruckerei Fr. Kuhle
Fernspr. 83 und 151.

Synagogengemeinde Herford.
Bekanntmachung.

Satzungsgemäß bezw. infolge Todes scheiden folgende Mitglieder der Gemeindevertretung und des Vorstandes der Synagogengemeinde aus:

a. **aus der Gemeindevertretung**
die Herren Julius Elsbach,
Max Grundmann,
Arnold Weinberg weil.,
Georg Josephy weil.,
als Stellvertreter
Herr Julius Löwenstern,
b. **aus dem Vorstande**
Herr Isidor Baruch,
als Stellvertreter
Herr Michaelis Westfeld.

Für die ausscheidenden Herren findet eine Neu- bezw. Ergänzungswahl am
Mittwoch, 31 März 1920, vorm. 10 Uhr
im Magistrats-Sitzungszimmer des Rathauses statt, zu der wir unsere Gemeindemitglieder mit der Bitte einladen, rechtzeitig und vollzählig zu erscheinen.

Der Vorstand der Synagogengemeinde.
J. Baruch, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Zur Beachtung der Hausbesitzer.

Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Wohnungssuchende ohne Wissen und Auftrag des Wohnungsamtes Wohnungen, die in nächster Zeit frei werden, besichtigen und den Vermieter zum Abschluß von Mietverträgen zu veranlassen versucht haben.

Wir weisen darauf hin, daß Wohnungsuchende, die unter Berücksichtigung der Reihenfolge der Anmeldungen und der sonstigen Verhältnisse als Berechtigte in Frage kommen, vom Wohnungsamt stets mit einem schriftlichen Ausweis versehen werden, der den Vermieter vergewissern soll, daß er mit Personen verhandelt, die für eine Zuweisung als Mieter wirklich in Frage kommen.

Alle ohne Wissen und Genehmigung des Wohnungsamtes abgeschlossenen Mietverträge sind rechtsungültig.

Vermieter, die dieser Vorschrift zuwiderhandeln, unterliegen der im § 10 der Wohnungsmangelverordnung festgesetzten Strafe.

Herford, den 19. März 1920.

Das Wohnungsamt.

Bekanntmachung.

Durch Beschluß der städtischen Körperschaften vom 27. Januar und 13. Februar 1920 werden vorläufig für die Zeit bis 31. März 1921 die Preise für Gas um 0,5 Pf., für 1 Cbm., Wasser um 0,3 Pf., für 1 Cbm., Elektrizität um 0,5 Pf. für 1 Kwst. auf jede volle Mark, um die der jeweilige Kohlenpreis steigt oder fällt, vom Magistrat nach Eintreten der Preisänderung erhöht oder ermäßigt.

Es wird vorläufig bis 31. März 1921 außer Kraft gesetzt: § 33 Absatz 4 der Bedingungen für die Abgabe von Gas, § 35 Absatz 2 der Bedingungen für die Abgabe von Wasser, § 29 der Bedingungen für die Abgabe von Elektrizität.

Herford, den 19. März 1920.

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Werke.

Anmeldung des Rindviehbestandes.

Alle Besitzer von Kühen, Ochsen und Kälbern im Stadtkreise Herford haben bis Sonnabend, den 27. ds. Mts., abends 6 Uhr, Veränderungen in ihrem Ende Dezember 1919 angegebenen Viehbestande im Rathaus, Zimmer Nr. 105, anzumelden.

Die Nichtbeachtung dieser Aufforderung und falsche Angaben ziehen Bestrafung nach sich.

Herford, den 22. März 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Betr. Feinseife für Kriegsbeschädigte.

Es kann wiederum ein kleines Quantum Feinseife verausgabt werden. In Betracht kommen hierfür folgende Kriegsbeschädigte: **Halb- und Ganzerblindete, Augenbeschädigte, Amputierte sowie mit Hautkrankheiten belastete Kriegsbeschädigte.**

Die Abgabe der Feinseife erfolgt an den Sprechtagen — Mittwoch Nachmittags — in unserem Büro, Zimmer Nr. 35 des Rathauses. Wir weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß — infolge der geringen Mengen — nur die vorerwähnten Kriegsbeschädigten bei der Lieferung der Seife bedacht werden können.

Herford, den 20. März 1920.

Kriegsbeschädigten-Fürsorge der Stadt Herford.

Die Fetteinheit

für diese Woche beträgt:

1. Auf die Margarinemarke 15 für Fettversorgungsberechtigte 100 Gramm Auslandsmargarine, 2.20 ℳ.
2. Auf die Margarinemarke 10 für Selbstversorger 25 Gramm Auslandsmargarine, 55 ₰.

Herford, den 22. März 1920.

Der Kreisausschuß, Abt. Lebensmittel.

Aufruf!

In weiten Teilen des Industriegebietes herrscht Aufruhr. Kommunistische Aufrührer ziehen dort alle Wehrfähigen zu den Waffen ein. Das Vaterland ist in Gefahr. Es gilt, in kürzester Zeit die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, um unübersehbares Unglück abzuwenden. Das ist nur möglich, wenn der alten Regierung Ebert Truppen in ausreichender Stärke zur Verfügung gestellt werden. Es geht daher der Ruf an alle ehemaligen ausgebildeten Soldaten (Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften), die sich zum Kampf gegen die Aufrührer zur Aufrechterhaltung der Staatsgewalt und zum Schutze der alten Regierung zur Verfügung stellen wollen, sich als

Zeitfreiwillige

für Reichswehr-Infanterie-Regiment 14, Reichswehr-Artillerie-Regiment 7 und Reichswehr-Pionier-Bataillon 10 zu melden.

Meldestelle: Minden, Marienwallkaserne in der Marienwallstraße, Zimmer Nr. 12, Erdgeschoß (Dienststunden 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags). Legitimations- und Militärpapiere sind mitzubringen.

Bedingungen: Löhnung, Verpflegung, Reichswehr- u. Kampfzulage, wie jeder Reichswehrangehörige im Dienstgrad eines Gemeinen, für Chargen, die in Etatsstellen verwendet werden, Gebührnisse ihrem Dienstgrade entsprechend.

Feldgraue Uniform und Militärstiefel sind nach Möglichkeit mitzubringen.

Garnisonkommando Minden.
Sprengel, Major und Garnisonältester.

Stadtverordneten-Ausschußsitzung

Mittwoch, den 24. März 1920, 5½ Uhr nachmittags.

Herford, den 27. Februar 1920.

Der Stadtverordneten-Vorsteher:
Horst.